

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Zugangspreis vierteljährlich 3000 Mk.  
Einzelnnummer 300 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Altestraße 16  
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonizelle  
oder deren Raum 2000 Mk.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme

### Die neue Internationale

F.K. Der Schluß des internationalen Arbeiterkongresses, der am Nachmittag des 25. Mai erfolgte, wird jedem Teilnehmer eine Erinnerung fürs Leben bleiben. Bei den die Verhandlung schließenden Worten des Präsidenten Wels erfasste eine gewaltige Begeisterung den gesamten Kongress. Die 600 Vertreter schneiterten auf die Füße. Ein Beifallsdonner nach dem andern erschütterte das mächtige Gebäude. Dann wurde es mit einem Male ganz still. Obwohl der Kongress in aller Form geschlossen, blieb alles wie gebannt stehen. Niemand wagte eine Bewegung. Die Augen blickten erwartungsvoll nach der Bühne. Es war gerade, als ob jeder fühle, die denkwürdige Tagung müsse einen noch denkwürdigeren Abschluß haben. Nach einigen Augenblicken des Schweigens, des Infrischgehens, der unerhörten Spannung begann an den Tischen der Franzosen einer die Internationale zu singen. Alle Abordnungen fielen, jede in ihrer Sprache, mit ein. Der alte Stürmgelächter ist nie mit größerer Inbrunst und mehr Hochgefühl gesungen worden. Neuer gewaltiger Beifallsdonner, der abgelöst wurde von dem Stürmlied der Skandinavier, dem dann der deutsche Sozialistenmarsch folgte. Dann noch ein überwältigender Ausbruch der Begeisterung, der Zuersticht, des Gemeinschaftsgefühls, ehe sich der Saal zu leeren begann.

Derartige Gefühlsäußerungen sind gewisslich ein prächtiges Zeugnis für die Herzwärme der sozialistischen Weltgemeinschaft. Sie sind für eine Bewegung, die die Welt erobern will, ebenso erfreulich wie unentbehrlich. Indessen darf ihre Hochschätzung nicht vergessen lassen, daß sie eben doch nur Ausdrücke, nicht des Wesens Kern der Bewegung, noch keine entscheidende Taten sind. Politik wird mit dem Kopfe gemacht. Über die Gefühlsäußerungen hinweg ist zu untersuchen, ob die neue Internationale besser als ihre Vorgängerin imstande sein kann, ihre große Aufgabe zu lösen. Zu dieser Untersuchung zwingt einerseits die juchzende Erfahrung mit der früheren Internationale, die ebenfalls reich an Begeisterung war, andererseits die Sorge um das Gelingen des sozialistischen Wertes.

Daß die Beschaffenheit und Erfolgsaussicht der neuen (politischen) Internationale auch für die Gewerkschaftsbewegung von höchstem Belang ist, bedarf hier keiner besonderen Darlegung. Verbesserung und Verallgemeinerung sozialpolitischer Schutzgesetze, Erhaltung des Achtstundentags, Begründung wirtschaftlicher Demokratie, Tarifentscheidungen, Besteuerung der Arbeiter und viele andere Dinge hängen in äußerster hohem Maße von dem Einfluß der Glieder der politischen Internationale als auch von der innigen Zusammenarbeit der letzteren mit der gewerkschaftlichen Weltgemeinschaft ab. Beide Gemeinschaften sind auf einander angewiesen; die eine kann ohne die andere nicht gedeihen.

Die Wichtigkeit des Gesagten wird handgreiflich durch die Betrachtung der Tagesordnung des Hamburger Kongresses. Sein tagwichtigster Beratungsgegenstand war wohl der Kampf gegen die internationale Reaktion. Die Bedeutung dieses Punktes lassen schon die unaufhörlichen Angriffe auf den Achtstundentag wie die fürchterliche Lage der italienischen Gewerkschaften ahnen. Ohne politische Mittel ist aber die reaktionäre Seuche nicht zu beschwören. Grund genug für den Gewerkschafter, den Kampfplan der sozialistischen Parteien zu kennen wie deren Stärkung zu wünschen.

Für diesen Punkt war als Hauptredner der Wiener Genosse Otto Bauer bestellt. Einmühtig herrschte im Kongress, daß sein Vortrag, was Form, Sachlichkeit und Tatsachengewicht anbelangt, der beste der Tagung war. Er schilderte die großen Gefahrengebiete des sozialistischen Fortschritts, nämlich den Faschismus, Imperialismus und Militarismus Italiens, Frankreichs, Ungarns und anderer Länder. Leider war die eindrucksvolle Rede gerade da zu Ende, wo man auf Vorschläge wartete, wie das Proletariat der vielfältigen Reaktion am wirksamsten begegnen kann. Zwar meinte Genosse Bauer, der Bann des Schweigens, der über den Staaten mit Gewaltregiment liege, müsse gebrochen werden und das Weltgewissen sei gegen die Unmenslichkeiten der Reaktion in Bewegung zu setzen. Gewiß recht nützlich und notwendig. Allein, die Verwirklichung solcher Vorschläge heißt viel Zeit und Geduld, so daß daneben schneller wirkende Mittel sehr erwünscht sind. In einer Entschlüsselung — die durch ihre bedingungslose Länge dazu verdammt ist, wenig bekannt zu werden — wird die Arbeiterklasse aller Länder aufgefordert, der Reaktion, ob sie sich im Gewande des Faschismus, des Nationalismus oder des weißen Terrors zeigt, rücksichtslos Widerstand entgegenzusetzen.

Es versteht sich, daß der Zankapfel Europas, die Frage der Wiedergutmachung, einen breiten Raum der Tagung in Anspruch nahm. In dieser Sache wurde eine Entscheidung angenommen, die sich eng an den einst zu Frankfurt gefassten Beschluß hält. Es wird darin die endgültige Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Summe verlangt, außerdem sollen die Siegermächte übereinkommen, nichts als die tatsäch-

lichen Wiederaufbaukosten in Rechnung zu stellen und ihre gegenseitigen Schulden zu streichen.

Einen Höhepunkt der Tagung bildete die Rede des französischen Abgeordneten Blum. Bekanntlich ist dieser Genosse der bestgehabte Mann seiner heimischen Reaktion, weil er mit ehrender Beharrlichkeit die imperialistische Politik der Pariser Regierung bekämpft. Es war nicht bloß die gallische Beredsamkeit, was ihm das Ohr des Kongresses sicherte und diesen wiederholt zu stürmischen Kundgebungen hinriß, noch mehr wurden die Vertreter gefesselt durch die Schilderung der Gesinnung der französischen Volksmasse, durch die Darlegung des Tuns und Denkens des „anderen Frankreich“, das entschieden besser sei, als gemeinhin angenommen werde. Blum behauptete nichts Geringeres, als daß Frankreichs Volk frei sei von eroberringsüchtigem Imperialismus. Dieser bestehe bloß bei einer kleinen Sippe, die aber ganz einflußlos sei und ihre Ziele, dank der Gesinnung der Masse, nur sehr vorsichtig und stark verschleiert verkünden dürfe. Das ist eine ebenso erbauliche wie gewichtige Neuigkeit, an deren Wichtigkeit wir nicht denken wollen. Nur vermögen wir uns nicht den Zwiespalt zu erklären, der zwischen dem Ruhrkrieg und der (von Blum behaupteten) friedlichen, eroberringsüchtigen Grundstimmung der französischen Volksmasse besteht. Den trafen Widerspruch zu erklären, hat Blum leider vergessen. Ein Beweis mehr, wie wenig sich die Völker gegenseitig kennen. . . .

Die praktische Tat des Hamburger Kongresses ist die Vereinigung der Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Londoner Internationale. Die Vereinigung ist zwar noch nicht die Verwirklichung sozialistischer Ziele, wohl aber die Form, wodurch sich die Verwirklichung vollzieht. Mit der Vereinigung ist eine wichtige Vorbedingung der internationalen Zusammenarbeit, der Steigerung der Kraft und des Einflusses des sozialistischen Proletariats erfüllt und größere Einigkeit der Handlung gewährleistet. Die Zeit des Zwiespaltes, des Neben- und Gegeneinanderwirkens und damit der Erfolglosigkeit des Strebens ist nun vorbei. Die sozialistischen Parteien bilden endlich wieder ein organisatorisches Ganzes. Angesichts dieses Fortschrittes ist es nicht zu verwundern, daß der Kongress die (einstimmige) Annahme des Einigungsantrages mit drohnendem Beifall begleitete.

Wiederholt ist gesagt worden, jetzt sei die alte Internationale wieder errichtet. Wenn es wirklich nur an dem wäre, wenn tatsächlich nichts Besseres geschaffen sein soll, dann wäre der Beifall wahrlich unangebracht gewesen. Die alte Internationale war kaum mehr als ein Briefkasten, war ein Klub alter, erfahrener, müder Führer, die ihre Aufgabe sahen in theoretischen Unterhaltungen und in der Fabrikation langer Entschlüsselungen, die nur wenige lasen und um deren Beobachtung sich niemand kümmerte. Wo eine internationale Tat zu wagen war, wurde ihr mit theoretischen Sprüchen gerecht zu werden versucht. Und als sie dann vom Weltkrieg an ihrer ganzen Breite erfaßt wurde, jedes Sprüchlein versagte, ein Ausweichen nicht mehr möglich war, brach sie elend zusammen. Eine Körperschaft von nicht besserer Beschaffenheit hätte keinen Deut. Folglich muß die neue Internationale anders sein, mehr leisten, muß sie als Ganzes wie alle ihre Glieder im einzelnen die Beschlüsse ernst nehmen und den Willen zur Kühnen Tat befunden und betätigen. In der Erfüllung dieser einfachen Notwendigkeiten rechnen wir wenig oder gar nicht auf die „alten erfahrener Führer“, die von ihrer Kriegspolitik belastet oder gehemmt werden, wohl aber auf das junge Geschlecht, das frische Kraft, festeren Willen und schöpferische Ideen zur Internationale mitbringt.

Man täusche sich nicht, die Kräfte, die 1914 der alten Internationale den Barock machten, sind heute lebendiger denn je. Gewiß ist im letzten Jahrzehnt der sozialistische Feerbaum erheblich stärker an Zahl geworden, doch ist es fraglich, ob er dem mächtiger gewordenen Feind bei einem neuen Waffengang, der jeden Tag notwendig werden kann, gewachsen ist. Um gegen abermalige Fehlschläge gewappnet zu sein, ist die Stärkung der Internationale von unten auf unerlässlich. Da die schwerste Kette nicht stärker ist, als ihr schwächstes Glied, müssen die schwachen Stellen der Weltgemeinschaft — Frankreich und Italien — unverzüglich gebessert werden, gleichzeitig aber auch in allen andern Ländern die Gleichgültigen unter den Klassenangehörigen ermuntert, die Organisationen auf den höchsten geistigen wie zahlenmäßigen Stand gebracht werden. Außerdem ist ein viel regerer Austausch von sozialistischen Arbeitern, Nachrichten, Bestrebungen und Gedanken von Land zu Land zu bewerkstelligen. Diese dringliche Arbeit dürfte von Reich und Glied freudiger verrichtet werden, wenn es die neue internationale Spitze an Ernst, Lebendigkeit, Tatwillen und Tat selbst nicht fehlen läßt. Daran darf es der neuen Internationale nicht mangeln, will sie Bestes sein als ihre Vorgängerin und die große Sehnsucht des sozialistischen Proletariats erfüllen.

### Es brennt im Ruhrbezirk!

Aus Dortmund wird uns geschrieben: Wenn die Luft sticht ist und sich durch längere Zeit Widerstände anammeln, die den ruhigen Verlauf der Weiterentwicklung in den notwendigen Bahnen hemmen und zu verhindern suchen, dann entsteht früher oder später je nach Temperament und Erkenntnisvermögen in den Menschen das Gefühl, daß es „so nicht weiter gehen“ kann. Und diese Unterdrücktheit der Auffassung und die graduelle Steigerung der Unerträglichkeit einer Lage, bei der Beilegung bringt dann geruhige Seelen oft zu der gefährlichen Folgerung, weil es „so lange gut gegangen“, müsse und werde es auch noch weiter so weitergehen. So rechneten die Ludendorffer im Weltkrieg von einem Jahr zum andern, mit den Heilsäften und magischen Kräften der Stedtrübe gewappnet, bis ihnen das Gebäude über dem Kopf zusammenbrach.

Es brennt ja noch nicht! sagten auch die Unternehmer im Ruhrbezirk, als die Arbeiter, durch den katastrophalen Marktsturz veranlaßt, auf raschere und durchgreifendere Anpassung der Löhne an die empörend gesteigerte Leuerung drangen. Und geradezu gemeingefährlich ist es, wenn dann noch in herausfordernd höhnischer Weise auf das Mißverhältnis von Löhnen und Preisen und das Unzulängliche der bestehenden Lohnkämpfe hingewiesen wird: „Millionen können ihr verdienen, Paraffinlampen werdet ihr fressen!“ Wenn derart progig die Monopolpreisgewalt der Kartelle und Trusts den Arbeitern entgegengehalten wird (wie es in einer Versammlung berichtet wurde), dann muß dies natürlich wie Öl ins Feuer wirken.

So bröckelte sich der Brand im Ruhrbezirk aus, dem mancherlei Bündstoff zugetragen war.

Wir haben früher auf einen wunden Punkt hingewiesen: Da die Arbeiterkraft an die Spitze der Abwehr der Ruhrbesetzung durch passiven Widerstand gestellt war, hätte sie auch beim Werden, bei der Entwicklung und dem Abschluß aller mit der Abwehr zusammenhängenden Maßnahmen früh genug haben einmischen müssen, und zwar wesentlich bei dem Beginn. Dies um so mehr, als doch Sozialisten von vorn herein das größte Mißtrauen gegen die bürgerliche Regierung haben mußten. Was bei dieser für Strömungen und Wünschen, Hoffnungen und Pläne inoffiziell mitzupreisen mögen, ist ja der Öffentlichkeit verborgen.

Trotz alledem konnte aber das Angebot der Reichsregierung hinausgehen, und erst dann wurde es auch zwischen den heimischen Pfählen als sehr mangelhaft und ungeschickt bezeichnet. Inzwischen verstreicht kostbare Zeit, für die die Redensart: Es brennt ja noch nicht! wieder gar nicht passen will, sondern weit mehr die allgemeingültige Erkenntnis: Was du von der Minute ausgeschlagen, gibst keine Ewigkeit zurück!

England kann nicht zugeben, daß Frankreich sich an der Ruhr festsetzt, wurde bei uns in der neuen Not gefagt. Gewiß war Englands Wunsch leicht und richtig zu treffen, aber die Politik begann doch erst mit der Abwägung aller Wünsche und Verlangen nicht nur Englands, sondern auch der anderen Völker, die mitzupreisen. Wie waren die Kräfte da verteilt? England hatte zu der Ruhrfrage noch andere Beschwerden und es will es vor allem mit Frankreich nicht verderben, es ist nicht so hinüberbrannt wie Bethmann-Hollweg, der im Reichstag einmal erklärte: Was England über uns denkt, das kümmert uns nicht! Und selbst, wenn England Frankreich tatsächlich hindern wollte, bliebe die Frage, wie weit es kann. Die gloriose altpreussisch-deutsche „Politik“ hat doch das Kräfteverhältnis gegen die Vortriebszeit bedeutend verschoben. England und Frankreich sind zu gemeinsamem Nutzen verbunden und haben doch wieder zugleich unterschiedliche, besondere Freuden und Leiden. Und vor allem: lernen wir doch endlich, daß man nicht überall in der Welt Dinge und Vorgänge so wertet, wie wir sie sehen. Dieser Mangel an relativer Einschätzung läßt die Deutschen immer wieder die dässen Fehler begehen. „Recht“ wird doch, befehen wir's genauer, immer nur, was von der entsprechenden Macht bekräftigt wird. Solange bleibt es Zielrichtung und Streben, die Erfüllung und Vollebung kann erst die Macht geben. Macht muß zwar nicht Gewalt bedeuten, aber sie ist fast nie wehrlos — un-tätiges Zerfließen. Macht ist vor allem straffe Gliederung und Einordnung der Einzelkräfte, wobei wieder die Freiwilligkeit der Einordnung die Macht selbst bedeutend steigern kann. Aber nichts ist der Macht geminnung schädlicher als fatalistisches Erbeibenlassen: zur Macht gehört die Erkenntnis der wirkenden Kräfte, der Wirklichkeit, aber da die Welt nicht stille stehen kann, muß dann auch der Wille dazukommen, diese Welt, wie sie ist, zu ändern, der Wille und die Tat.

Wird dagegen die „friedliche Abwehr“ zur Passivität in dem Sinne, daß unser eigenes Tun überhaupt ausgeschaltet wird, dann kann es — abermals! — passieren, daß wir wie früher aus allen kriegerischen, nun aus den friedlichen Stimmeln fallen und der Lage des indischen Kuli an-treiben. Liegt nicht doch in der bitteren Volkserfahrung eine heilsame Lehre: Wie man treibt, so geht's?

Es brennt im Ruhrbezirk! Wieder ist die Lage mit Bündstoff überfüllt: die Problematik aller Lohn„ausgleiche“ bei der kapitalistischen Preismonopolwirtschaft hat das Maß des Ertragens bis zum Überlaufen gefüllt. Vieles deutet darauf hin, daß bald eine entscheidende Wendung erfolgen muß, wenn die angehäufte Erbitterung nicht alle Dämme durchbrechen soll. Manches kann rasch geschehen. Kann zum Beispiel nicht in kurzer Zeit im einzelnen festgestellt werden, wer an dem jüngsten Marktsturz schuld ist? Wenn die Massen des werttätigen Volkes sehen, wie in der großen Wirtschaftswelt

etwache immer wieder noch viel Zeit haben, dann ver-
stimmt dies noch mehr und es entsteht die gefahrliche Mei-
nung, das es manchem mehr aufs Klappern antommt denn aufs
Handwerk, mehr aufs Armelauffremkeln als auf tatkräftiges
Bspielden.

In den jetzigen leidenschaftlich erregten Versammlungen im
Ruhrbezirk, wo auch die ruhigsten und besonnensten sozia-
demokratischen Arbeitgenossen der erregten Stimmung
Ausdruck gaben und eine entschiedene Wendung verlangten,
wurde laut gefordert, auch die Sozialdemokratische Partei müsse
in Berlin „kräftiger dazwischenfahren“ und den Devisenschneidern
in die Parade fahren. Die Erbitterung der Arbeiterschaft ist derart,
dass das Interesse an einer weiteren Mitarbeit
an Gemeinschaftsleben und an der Abwendung
alter und neuer Gefahren immer mehr ver-
loren geht, wenn aus der harten Lebensnot des arbeitenden
Volkes eine Handvoll verbrecherischer kapitalistischer Vaterlands-
loser Gesellen für sich immer noch mehr Münze schlagen kann.

Rehrt vor der eigenen Tür!

Die französisch-belgischen Besatzungsbehörden gefallen sich darin,
öfters Pöttelehen von den Flugzeugen über Gärten und Häuser aus-
zuwerfen. Sie bescheln auf solchen Papieren die deutsche Abwehr-
politik und suchen Handlungen und Worte bekannter deutscher Per-
sönlichkeiten auf ihre Weise zu kommentieren.

In meist recht dumme Art wird regelmäßig versucht, nach dem
alten Römertwort divide et impera (teile und herrsche!) zu handeln
und die Arbeiterschaft von dem Widerstand abzubringen und sie vor
den Karren der Fremdlinge zu spannen.

Poincaré und seine Helfer wollen immer wieder glauben machen,
dass der Widerstand der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten
gegen den Ruhrbruch lediglich von der Ausbeuterregierung und von
den kapitalistischen Unternehmern befohlen worden sei und dass die
Arbeiter den französischen „Sicherungszerörern“ willig und vielleicht
gar begeistert in die Arme fallen würden, wenn diese „Befehle“ ver-
schwinden. Das deutet einmal darauf hin, dass im Ausland tatsächlich
noch viel zu wenig bekannt ist, welche wesentlichen innerpolitischen
Änderungen seit 1918 in Deutschland erfolgt und welche Macht-
verhältnisse im Verhältnis der Volksklassen zueinander dadurch be-
wirkt worden sind. Man muß lachen über die kommunistischen Ergüsse,
die ja auch selbst nachdrücklich ihre eigenen Hauptthesen widerlegen:
Im reaktionären wilhelminischen Preußen hätten die Kommunisten ja
gar nicht so mit ihrem gumbeligen Maulwerk herumspinneln können.
Die falsche Annahme der französisch-belgischen Behörden deutet doch
nur auf, was zwischen den eigenen Vätern — in Frankreich
und Belgien selbst — noch zu tun ist, um den imperialistisch-
kapitalistischen Geisteskräften die Fingel zu fassen. Die französische
Leitung hat auf die deutschen Kapitalisten, weil sie von den kapitalistisch-
imperialistischen Heimkriegern bei sich zu Hause feilsch und geistig
besessen ist. Und wer allzu sehr an den Dingen in der Nähe steht, ver-
zerrt leicht den nötigen Abstand, sein Verhältnis zu der übrigen Welt
richtig einzuschätzen.

Der Ruhrbruch soll darum nicht imperialistisch-militaristisch
sein, weil die deutsche Militär gelegentlich zur Abschreckung freiziehender
deutscher Arbeiter verwendet worden ist. Auch Vorgänge bei früheren
Vergarbeiterstreiks werden in den französisch-belgischen Zeitungen angeführt.
Was da zu tabeln und schärf zu verurteilen war, wissen die sozia-
listischen Arbeiter gut genug und haben es auch nach besten Kräften be-
jagt, freilich ohne zu jenen Zeiten weder die tatsächliche Hilfe noch auch
nur die freundliche Anerkennung der französisch-belgischen Imperialisten
und Kapitalisten zu finden. Die waren vielmehr in der Grundausstattung
ein Herz und eine Seele mit den Ausbeutern dieses Landes und ihren kapitalistischen Kommis in den reaktionären
Regierungen.

Im übrigen aber ist es angebracht, die Fremdlinge, die sich nun
auf einmal so sonderbar besorgt zeigen um die Streikendigkeit der
Arbeiter und unwillig über militärisch-polizeiliche Sammlungen —
in Deutschland, auch wieder daran zu erinnern, wieviel Wobler
jenseits der Bogen lag und noch liegt. Wir erinnern daran, was
vor nunmehr fast zwanzig Jahren, auf dem in Straßburg inter-
nationalen Sozialkongress 1904, Bebel zu Jaurès bei
der großen Ansprache über die Regeln der interna-
tionalen Zartilz sagte:

Jaurès sagt, Frankreich sei eine Republik und Deutschland
eine reaktionäre regierte Monarchie, deshalb müsse die
Dresdener Resolution nicht auf Frankreich, Gemis, wir haben
Monarchien und werden auch reaktionäre regiert. Mein lieber Jaurès,
wir beneiden euch Franzosen um die Republik und noch mehr um das
allgemeine Wahlrecht, das ihr für alle Vertretungskörper besitzt. Aber
eine Republik hat nicht verhindert, daß, so oft in den letzten Jahren
in Frankreich ein Streik von einiger Bedeutung ausbrach, nicht nur die
Polizei, sondern auch das Militär in Massen gegen die
Streikenden aufgebildet wurde. Das heißt, die republi-
kanische Regierung nahm in allen diesen Fällen gegen die Arbeiter
für die Bourgeoisie Partei. Sehr natürlich. Auch die Republik ist
ein Klassenstaat, nur hat sie vor der Monarchie voran, daß sich in ihr
die Klassenkämpfe weit unerbittlicher abspielen. Unsere Polizei
und die Justiz hat es leider an Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiter
auch nicht fehlen lassen, aber Militär ist seit dem großen Vergarbeiter-
streik von 1889 gegen Streikende nicht aufgebildet worden, wie es in
Frankreich bei jedem Streik von einiger Bedeutung geschieht. In
der Republik ist die Regierung der unerschütterliche Repräsentant der
herrschenden Klassen, deren Interessen vornehmlich ihre Aufgabe ist.
Daher ist es auch eine grobe Täuschung, in der Annahme eines oder
mehrerer Sozialisten in eine Regierung ein Gegenüberkommen für den
Sozialismus zu erblicken; unsere Gegner wissen ganz genau, daß
nicht die bürgerlichen Klassen zu Freunden der Sozialisten, wohl aber
ein Teil der Sozialisten zu Freunden der bürgerlichen Klassen wird
und die Vertreter der Sozialisten gezwungen werden, die Verant-
wortung für alle Handlungen einer bürgerlichen Regierung zu über-
nehmen.

Diese letzten Worte Bebel's haben ja auch heute noch ihre bedingte
Gültigkeit. Sie gelten in dem Maße, als das arbeitende Volk selbst
nicht oder weniger sozialdemokratisch erweckt, lebendig und aktiv wird.
Denn die Klassen bilden sich immer die Welt; was sonst noch da
ist, zählt für die Bewänderung der Wirklichkeit weniger mit. Aber in
den zwanzig Jahren, die seit dem Werten Bebel's auf dem Antwerpen
Kongress vergangen sind, hat die deutsche sozialistische Bewegung ihre
Aufklärungsarbeit noch bedeutend vermehrt und ihre Macht viel er-
heblicher erhöht, als der Sozialismus in Frankreich. Die Herren
von Paris mögen die Fabel aus ihren Flugzeugen in die rechte
Wandlungslinie führen lassen, in ihre Nähe und zu ihren eigenen
unheimlichen Gesunden. In Deutschland ist der Sozialismus schon
eher Mannes genug, selbst einzugehen. Und er ist dazu um so mehr
instande, wenn ihm die französische Besatzung durch ihren Abzug
gehörte Handlungsfreiheit gibt.

Schwerindustrielle Proteste gegen die Ruhrbesetzung

In Rumänien sind folgende Telegramme gerichtet worden:
Bulgarien: Verbund bulgarischer Bauernstreik protestiert gegen
Arbeiternot in Offen. Ihre imperialistische Politik ist ein Schand-
del Götterbild aus. — Verbund bulgarischer Arbeiter protestiert
gegen die Ruhrbesetzung. Arbeiter in Offen und gegen
die imperialistische Politik. — Rumänien: (nach Ermittlung des
sozialistischen Geheimdiensts in Bukarest): Am 12. Mai 1923 ist eine
Erklärung verfaßt worden, die die Vereinigten Sozialisten fordert,
eine Truppe und seine Entsendung über die von der französischen
Regierung erfolgte Besetzung des Ruhrgebietes und die damit verbundenen
Schwierigkeiten aus. Die Arbeiterbewegung mußte, wie von Jahr-
zehnten her, die Besetzung des Ruhrgebietes verhindern, durch ein
Bündnis europäischer Arbeiterparteien aufzuheben...

Zur Tat höchste Zeit!

Der Widerstand ist in seinen kritischsten Stand getreten. Wenn
auch am unerschütterlichen Willen und der Treue der westfälischen
Vergarbeiter und der Eisenbahner nicht zu zweifeln ist, so muß man
doch dringend wünschen, daß es gelingt, die Weiden der Bevölkerung
des alt- und neubesteht Gebietes recht bald zu beenden. Der Druck,
den das Volk an ihm und an der Ruhr auszuhalten hat, ist un-
geheuerlich. Nachdem die Reichsbank ihre Stützungsaktion eingestellt
hat, verschlimmert sich aber auch im unbesetzten Deutschland die Lage.
Die sprunghafte Steigerung des Dollarkurses in der Pfingstwoche, die
Ankündigung einer Werdreizung des Brotpreises für den
Monat Juni und einer Verdopplung der Eisenbahntarife sind recht
folgerschwere Vorgänge. Alles ist nun wieder in Fluß. Der verberbliche
Wettlauf zwischen Warenpreisen und Arbeits-
löhnen ist noch ärger geworden. Lange darf diesmal die Preis-
steigerung nicht andauern, wenn nicht schwere innerpolitische Wirkungen
davon ausgehen sollen. Der Arbeitsmarkt vertritt im jetzigen Moment
keine neue Sonderbelastung durch eine Verschärfung der Teuerung.
Der größte Teil der Gehalts- und Lohnempfänger war schon Mitte
Mai kaum noch im Besitz von Bargeld, da die sprunghafte Steigerung
der wichtigsten Lebensbedürfnisse die Aprilgehälter sehr schnell auf-
zehrte. Fast in allen Betrieben mußten Vorkäufe gefordert werden.
Wir kommen jetzt wieder in einen Zustand, wo eigentlich kein Mensch
mehr, wie er wirtschaftlich dasteht. Wer kann wissen, welche Kaufkraft
der heute empfangene Lohn in zwei oder drei Wochen hat? Was nicht
alle Einschränkungen der Bedürfnisse, wenn schließlich doch jede Berech-
nung durch die Preisentwicklung über den Haufen geworfen wird? Das
Gefühl, daß das wirtschaftliche Dasein des einzelnen auf einer ganz
unsicheren Grundlage steht, der Gedanke, daß der strebsamste Arbeiter
durch Entlassung oder Kurzarbeit, durch Teuerung und Geldentwertung
von heute auf morgen mit samt seiner Familie der bittersten Not preis-
gegeben werden kann, ist fürchterlich und kann sehr leicht in den breiten
Volksmassen Stimmungen erzeugen, die den sozialen Frieden auf
das allererste gefährden. Unter diesen Umständen muß von
der Reichsregierung rasches Handeln verlangt werden. Jeder Tag der
Verzögerung bringt unübersehbare Schäden. Es wäre ein nationales
Unglück von ebenso großer Bedeutung wie der Zusammenbruch im
Jahre 1918, wenn wir auch diesmal wieder erst unter dem Druck der
äußersten Not zu Verhandlungen mit dem Gegner kämen. Franzosen
und Belgier sind auf dem Posten. Sie bemerken die gefährliche Lage
Deutschlands zur Aufmunterung und offenen Unterstützung der Landes-
verräter, die unter der Flagge einer rühmlichen Separatistenbewegung
die Loslösung der besetzten Gebiete vom Reich anstreben. Eine durch-
greifende und kluge Politik kann vielleicht noch in letzter Stunde vieles
retten. Müßt sich aber die Regierung weiterhin ihre Raubpolitik vom
dem Gegner vorschreiben, so droht uns schweres Unglück.

Deutschlands industrielle Arbeitskräfte

Der durch die Gebietsabtretungen bewirkte Verlust an industriellen
Arbeitskräften beziffert sich (nach der Zählung von 1907) auf 805 000 Er-
werbstätige. Dieser Verlust ist etwa so groß wie die gesamte gewerblich
tätige Bevölkerung der Schweiz (822 000) oder der Niederlande
(783 000). Sein Wirtschaftlich ist dieser Verlust noch weit höher zu ver-
anschlagen, denn in wichtigen Teilen der abgetretenen Gebiete, vor
allem im oberdeutschen und lothringischen Industriegebiet, hatte die
gewerbliche Entwicklung nach 1907 ganz gewaltige Fortschritte ge-
macht, die nun der deutschen Volkswirtschaft verloren gegangen sind.
Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im jetzigen Reichsgebiet nach dem
deutschen Stande läßt sich mangels einer neuen Zählung nicht zu-
verlässig feststellen. Im ganzen wird die Schicht der Erwerbstätigen
infolge der Zunahme der Bevölkerung von 61,7 auf 63 Millionen,
ferner infolge der Herabsetzung des stehenden Heeres auf 100 000 Mann,
noch mehr infolge der Not, die viele der ehemals nicht erwerbstätigen
Frauen und einen sehr erheblichen Teil der ehemaligen Rentner (Greise
und Halbinvaliden) zum Aufsuchen von Erwerbsmöglichkeiten zwingt,
zahlenmäßig zwar etwas größer geworden sein. Die wirkliche Arbeits-
kraft und Arbeitsleistung bleibt jedoch erheblich hinter dem Stand von
1907 und noch mehr hinter dem Stand von 1914 zurück.

Soweit eine Zunahme in der Zahl der Erwerbstätigen eingetreten
ist, kann sie in der Hauptsache nur durch die Frauen erfolgt sein. Die
männliche Arbeitskraft, die volkswirtschaftlich den Ausschlag gibt, ist
durch den Krieg und die Kriegsfolgen stark herabgemindert. Rund
2 Millionen der arbeitsfähigen Männer sind im Kriege gefallen, mehr
als 1 1/2 Millionen haben im Kriege körperliche Beschädigungen davon-
getragen, so daß sie in ihrer Erwerbsfähigkeit mehr oder weniger be-
hindert sind. Auch die übrige männliche und weibliche erwerbstätige
Bevölkerung ist durch die Nachwirkungen des Krieges in ihrer Leistungs-
fähigkeit in hohem Maße beeinträchtigt worden. Vor allem haben
Kriegsgeheimnisse und Hungerblöde, die allein 800 000 an der Kriegs-
führung nicht beteiligten Personen den Tod gebracht haben, den Ge-
sundheitstand und damit die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung ge-
schädigt schwer geschädigt. Dazu kommen in fortgesetzt steigendem
Maße die zunehmenden Sorgen um den immer teurer werdenden
Lebensunterhalt, der einmütige und die Arbeitskraft lähmende Kampf
breiter Bevölkerungsschichten gegen Hunger und wirtschaftliche Ver-
elendung, nicht zuletzt der seelische Druck, der als Folge der fort-
gesetzten Lehrgänge und der Ungewißheit über Deutschlands Schicksal
auf dem deutschen Volke lastet und seine Arbeitsfreude unterbindet.

Mitgliedentag und Internationale

Der jüngst zu Hamburg stattgehabte Kongress der sozialistischen
Internationalen fasste folgende Entschlüsse:

Der Kongress erklärt seine vollständige Übereinstimmung mit
der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Ge-
biet der Sozialpolitik und spricht die Überzeugung aus, daß diese
Tätigkeit der Wohlfahrt und dem Schicksal der Arbeiter aller Länder
dient. Er fordert die vertretenen Parteien auf, alle ihre Kraft auf
positivem und gewerkschaftlichem Gebiete einzusetzen, um diese Ver-
bindungen, insbesondere den maximalen achtstündigen Arbeits-
tag, zu verwirklichen.

Der Kongress verurteilt auf das schärfste die Haltung jener Länder,
die zwar Verpflichtungen übernommen, aber es unterlassen haben, sie
im Wege der Gesetzgebung auszuführen, und fordert die vertretenen
Parteien auf, allen Nachdruck gegenüber ihren Regierungen anzuwenden,
um sie zur Ratifizierung aller Konventionen der internationalen Ar-
beiterkonferenzen zu zwingen. Die Konventionen stellen nach der
Anzahl des Kongresses die Minimalforderungen der Arbeiter auf dem
Gebiete der sozialen Gesetzgebung dar.

Der Kongress fordert ferner die Arbeiter auf, den vielen vertorf-
lichen Anträgen Widerstand zu leisten, die durch die Tätig-
keit des Internationalen Arbeitsamtes im Dienste verschiedener kapita-
listischer Interessen unternommen werden, die feld der Verbesserung der
sozialen Lage der Arbeiter widersprechen.

Die Deutschen Werke

Nach den vielen Anfeindungen durch die Privatindustrie und den
schweren Schädigungen, die die Deutschen Werke L.S. durch die Be-
schlüsse der Entente erlitten haben, ist der Wille dieses in den
Händen des Reiches befindlichen Unternehmens von besonderem
Belang. Obwohl die Werke immer noch durch die Umstellung ihrer
Räder auf Friedensbedarf eingestellten Betriebe zur Friedensproduktion
fast im Maßstab gewonnen sind, konnten sie bereits in ihrem dritten
Geschäftsjahr einen Überschuss von 5,5 Millionen erzielen und an
das Reich eine Dividende von 20 v. G. abführen. Die Dividende nimmt
aber mit 10 Millionen Mark nur einen kleinen Teil des Vermögenszu-
wachs in Anspruch. Der wertvollste übertragene Teil, nämlich 3,66 Millionen,
wurde zu Abfertigungen und Rückstellungen verwendet, welche das
Unternehmen inzwischentun müssen. Die gute Entwicklung der Deutschen
Werke ist ein hervorragendes Beispiel dafür, daß auch gewerkschaftliche
Streiks durchaus in der Lage sind, wirtschaftlich zu erzielen. Die
Fabel von der Unerschütterlichkeit kapitalistischer Werke, die auch immer
in den Händen unbedeutender Raubrentiere steht, ist damit endgültig
erwiesen; Beweiskraft ist nur, daß man die richtige Organisations-
form für derartige Betriebe findet.

Lehrlingsfragen der Nachkriegszeit

Eine Zeitsung bildete sich das Handwerk etwas darauf ein, daß be-
klimmte Berufe des Kleinbetriebes Lehrlinge für die Industrie aus-
bilden. Das mag teilweise auch zugefallen haben. Von einer Anzahl
anderer Berufe aber geht alle Jahre ein erheblicher Teil, besonders
ältere Gesellen, wieder als ungelernete Arbeiter in die Metall-, Textil-
oder andere Industrien. Bei Wädem, Fleischer, Friseur und Buch-
druckern hat das bereits einen solchen Umfang angenommen, daß von
den Gewerkschaften dazu Stellung genommen werden mußte, indem die
Zahl der einzustellenden Lehrlinge beschränkt wurde.

Im Gegenteil zu früher haben wir also heute die Erscheinung zu
verzeichnen, daß das Handwerk sehr wenig Nachteile durch ein Zuziel
in den einzelnen Gewerben hat und demzufolge auch Rücksichten nicht
zu nehmen braucht. Die Folge ist eine ungeheure Lehrlingszucht in
manchen Handwerksbetrieben gewesen. Der Erziehungslampf des Hand-
werks mit der Industrie hat dazu geführt, daß vielfach aus der Aus-
bildung eine Ausbeutung der Lehrlinge geworden ist.

Es trifft auch heute nicht mehr zu, daß vom Handwerk die aus-
gebildeten Lehrlinge an die Industrie abgegeben werden. Längst legt
die Industrie oder doch viele Zweige von ihr, Wert darauf, selbst den
Nachwuchs auszubilden, und zwar nach bestimmten Grundrissen.
Präzises Arbeiten, frühzeitige Erlernung besonderer Arbeitsmethoden
und Einstellung auf die Arbeitsteilung haben viele Großbetriebe ver-
anlaßt, selbst die notwendigen Facharbeiter auszubilden.

Seit dem Kriege spielt nun auf allen Gebieten die wirtschaftliche
Frage eine weit größere Rolle wie vor dem. Am fühlbarsten ist das bei
dem Familienvater mit mehreren Kindern. Hier hat die durchbare
Teuerung, mit der Löhne und Gehälter bei weitem nicht Schritt ge-
halten haben, Zustände geschaffen, die auf die Dauer schwere Gefahren
in sich bergen. Vater und Mutter atmen deshalb auf, wenn wieder ein
Kind aus der Schule kommt. Wer nun eine Lehrstelle sucht, wird mehr
wie früher darauf sehen, daß der Junge oder das Mädchen auch einer
angenehmen Beitrag für Kost, Kleidung usw. bekommt. Heute steht
aber die Entschädigung der Lehrlinge vor allem in den Kleinbetrieben
in gar keinem Verhältnis mehr zur Vorkriegszeit.

Der Kleinmeister macht es sich heute verhältnismäßig leicht. Er
übernimmt den Lehrling, um ihn, wie es heißt, beruflich auszubilden
und zu erziehen. Und der Handwerksmeister mehr sich heute noch da-
gegen, wenn der Lehrvertrag mehr als Arbeitsvertrag betrachtet wird,
trotzdem die ganze Sorge und Last viel mehr auf die Eltern über-
gegangen ist, denn nur ein sehr kleiner Teil Lehrlinge in einigen Ge-
werben ist noch beim Lehrmeister in Kost und Logis. Wenn die Auf-
wendungen, die der Meister früher machen mußte, wo der Junge gang in seinem Hause war, mit den
geringen Geldentschädigungen von heute ver-
glichen werden, bleibt keine andere Bezeichnung
als — Ausbeutung übrig. Wenn man November 1922
zugrunde legt und nur 1500 M pro Woche für die Kost einsetzt, so
kommt der Durchschnitt von den Hauptberufen der Chemischen Klein-
betriebe genommen, auf die Woche im 1. Lehrjahr 180 M, im
2. Lehrjahr 270 M, im 3. Lehrjahr 360 M, im 4. Lehr-
jahr 525 M. Das sind im 1. Lehrjahr 12 v. G., im 2. Lehr-
jahr 18 v. G., im 3. Lehrjahr 24 v. G. und im 4. Lehr-
jahr 35 v. G. das oben angenommenen Kostgeldes.
Man überlege sich also, für einen 13jährigen jungen Schlosser oder
Tischler im 4. Lehrjahr müssen die Eltern über die Hälfte allein für
die Kost drauflegen. Hinzu kommen noch die nicht unbedeutenden Auf-
wendungen an Kleidung und sonstigen Bedürfnissen. Dabei wird wohl
kein Fachmann bestreiten können, daß im Durchschnitt der im 3. und
4. Lehrjahr stehende junge Mensch als Geselle arbeitet.

Wie dem oben Angeführten glauben wir den Beweis erbracht zu
haben, daß der Lehrmeister heute die Kosten der Lehr-
lingsausbildung zum weitaus größten Teil den
Eltern aufgebürdet hat und im Lehrling selbst
mehr die billige Arbeitskraft sieht.

Wir wollen uns hier aber nicht allein damit begnügen, auf die
Ungerechtigkeiten und Ausbeutung hinzuweisen, sondern vor allem
die volkswirtschaftliche Seite mit hervorheben. Das Handwerk klagt im
allgemeinen, nicht genügend Lehrlinge zu bekommen. Das ist die Folge
der falschen Einstellung auf die ganze Lehrlingsfrage und der Aus-
nutzung des Lehrlings. Wie stark sich die Verhältnisse in den letzten
vier Jahren verschoben haben, zeigt eine Statistik der Chemischen
Fäbriken. Es wurden vermittelt von Ostern wieder bis Ostern:

Table with 4 columns: Year, Metallindustrie, Handwerk, Vertriebsbetriebe. Rows: 1918/19, 1919/20, 1920/21, 1921/22, bis Ende Nov. 22.

Diese Zusammenstellung zeigt uns die steigende Abwanderung von
Lehrlingen in die Industrie. Es kommt hinzu, daß von denen, die in
der Industrie Verschiedenes stehen, noch ein größerer Prozentsatz der In-
dustrie zuzugewandert ist wie dem Handwerk. Ferner haben wir die Er-
scheinung in den letzten beiden Jahren, daß die Eltern, um über-
haupt eine Lehrstelle zu bekommen, den Jungen in einen Kleinbetrieb
in die Lehre geben, aber nach Monaten das Lehrverhältnis wieder
lösen, weil sie es wirtschaftlich nicht durchsetzen können. Dabei soll
durchaus nicht gesagt werden, daß die einseitige Auflösung des Lehr-
verhältnisses durch die Erziehungspflicht in jedem Falle auf „ir-
dischliche“ Not zurückzuführen ist. Aber in den allermeisten Fällen ist es
die Not oder Empörung über die geringe Vergütung des Lehrlings.

In der Industrie in Chemnitz liegen die Verhältnisse günstiger.
Hier bestehen seit 1919 bzw. 1920 zwischen den beiden Arbeitgeber-
verbänden und dem Metallarbeiter-Verband Vereinbarungen über das
Lehrlingswesen, an denen auch andere in Frage kommende Gewerks-
chaften beteiligt sind. Die Vergütungssätze der Lehrlinge steigen auto-
matisch mit den Löhnen der Arbeiterschaft. Mag noch mancherlei ver-
besserungsbedürftig sein, so hat doch die tarifliche Regelung
einen großen Gewinn erzielt.

Solange man sich im Handwerk von dem Gedanken nicht frei
macht, die Lehrlingsfrage sei allein Sache des Lehrers und der
Eltern, wird es den Mangel an Nachwuchs immer fühlbarer spüren.
Hier liegen auch volkswirtschaftliche und andere Gefahren, und um
diesen zu begegnen, ist es Pflicht des Gesetzgebers, einzugreifen.

Die Fleischversorgung

Das starke Steigen der Fleischpreise, das bereits vor der neuen
Veranschlagung der Mark einsetzte, seitdem aber sprunghaft fort-
geschritten ist, hat die Bevölkerung besonders beunruhigt. Es ist tatsäch-
lich heute schon so, daß das Fleisch aufgehört hat, ein Volkswir-
tungsmittel zu sein, weil es eben für die arbeitenden Massen ge-
rabezu unerschwinglich geworden ist. Mitte März, wo die Preise den
tieftsten Stand der letzten drei Monate zeigten, bis Ende Mai sind die
Preise für in- und ausländisches Fleisch auf das 2 1/2fache gestiegen,
und also stärker heraufgegangen als der Durchschnitt der Großhandels-
preise anderer Waren. Ochsen, Kälber und Schweine mittlerer Quali-
täten waren am Berliner Viehmarkt gegen Ende Mai unter 2 bis
5000 M das Pfund kaum zu haben. Erschwerend kommt hinzu, daß
selbst die Konkurrenz von ausländischem Geflügel auf die in-
ländischen Fleischpreise keinen Einfluß hat, da dieses infolge der
schlechtesten Qualität ebenfalls in raschem Steigen ist und noch über den
inländischen Fleischpreis hinausgeht. Die Ursachen der deutschen
Fleischversorgung sind ungewöhnlich vielfältig. Die schlechte
Wintermilde des letzten Jahres hat dazu geführt, daß viele Vieh-
züchter große Abzehrungen vorgenommen haben, die anfangs auf
den Fleischpreis wirkten; jetzt fehlen diese Fleischmengen, die bei er
überwiegend verringerten Fleischproduktion Deutschlands eine große Rolle
spielen. Nachdem in diesem Jahre der Stand der Weiden wesentlich
besser ist als im vorigen Jahre, sucht man sich diesen zumute zu machen
und die Bestände wieder aufzufüllen. So kommt es, daß insbesondere
Rind- und Hammelfleisch verhältnismäßig knapp und teuer sind und
mit einer Senkung dieser Preise zunächst nicht zu rechnen ist. Eine
Besserung der Lage ist erst zu erwarten, wenn mit einer Stabili-
sierung der Wädrung die Einfuhr von Auslandsfleisch wieder
möglich wird.

# Die Tagung des Erweiterten Beirats

Am 29. und 30. Mai kam der Erweiterte Beirat in Stuttgart zusammen, um Stellung zu nehmen zum Bericht des Vorstandes über die Wirtschaftslage im allgemeinen wie über die Lage des Ruhrgebietes im besonderen, als auch das Wahlergebnis für den Verbandstag in Kassel und unser Vertrags- und Unterhaltungsweisen zu beraten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung widmet der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Fenske einen warmen Nachruf. Ferner weist er auf den Beschluß des Schiffszimmererverbandes zwecks Abtritt zum IAW hin. Zum ersten Gegenstand der Beratungen spricht

**Dihmann:** Als wir im Februar über die Ruhrbesetzung sprachen, stand diese in ihrem Anfang. Wir mußten uns damals schon auf die Wirtschaftskrise einstellen, die mit der Besetzung zusammenfiel. Die Ereignisse haben uns Recht gegeben. Der passive Widerstand gegen den eingedrungenen französischen Imperialismus war für die Arbeiter zwangsläufig gegeben. Doch das heißt nicht, daß wir damit die Verantwortung übernehmen für die jetzige Haltung der Regierung und für die Sünden der der Besetzung vorangehenden Jahre. Wenn der Abwehrkampf im Ruhrgebiet von Erfolg begleitet sein sollte, mußte in erster Linie der fortschreitenden Wertentwertung und der damit verbundenen immer größer werdenden Teuerung Einhalt geboten werden. Wir haben das der Regierung wiederholt eindringlichst bargelegt. Die Maßnahmen der Regierung zur Marktstabilisierung waren von eigenartigen Erscheinungen begleitet. Erst ließ man den Dollar auf 4000 steigen, dann folgte die vorübergehende Senkung des Dollars auf 2100 und erste Störungen traten im Wirtschaftskreis ein. Ob des Augenblicks „erfolgreich“ wurde die Regierung Cuno als eine Regierung der Tat gefeiert von den gleichen Leuten, die die Stützungsaktion des Kabinetts Wirth mit allen Mitteln verhindert hatten. Die Regierung Cuno verlangte mit der Marktstabilisierung ein

### Abstoppen der Lohnzulagen.

Wir wehrten uns dagegen mit aller Macht, denn die Löhne waren in vielen Gegenden weit hinter der Teuerung zurückgeblieben. Auf unser Drängen gab dann das Reichsministerium die Erklärung ab, daß eine Anpassung der zurückgebliebenen Löhne nicht behindert werden solle. Die Unternehmer versuchten den zuerst eingenommenen Standpunkt der Regierung; sie verachteten jedes Verlangen nach Lohnzulagen zu unterbinden. Auch wurden die maßgebenden Organe und Schlichtungsausschüsse planmäßig beeinflusst. Wir hatten viele Mühe, diesen Beeinflussungen entgegenzuwirken.

Nach einigen Monaten trat ein, was nüchternen Beurteiler vorausgesagt hatten: Die Marktstabilisierung, die sich nur auf die Notenpresse stützte, mußte zusammenbrechen. Das Unternehmertum hat nicht daran gedacht, den Abwehrkampf an der Ruhr wirksam zu fördern. Nebenher erinnert an den Fehlschlag der Dollaranleihe und an die wilden Devisenläufe der Unternehmer. Wir befinden uns jetzt wieder, fährt der Redner fort, im Zustand der Lohnlumpen. Unverkennbar sind die Versuche, die Löhne einheitlich zu gestalten, aber nicht zum Vorteil der Arbeiter. Überall wird „gekrempt“, wo die Löhne über das allgemeine Maß hinausgehen.

Dem Beirat ist eine Aufstellung unterbreitet worden über die augenblicklichen Löhne in den Verbandsbezirken. Der Redner bespricht diese Lohnsätze und die Bestrebungen der Unternehmer, die Lohnabschlüsse auf große Gebiete auszuweiten, um eine Aufbesserung zu erschweren. Auch hinsichtlich der Arbeitszeit sind Bestrebungen unternommen, feste Vereinbarungen nicht mehr abzuschließen, um bei einer gesetzlichen Festlegung der Arbeitszeit nicht gebunden zu sein.

Der Vorstand plant einen Ausbau des Nachrichtenwesens über die Lohnabschlüsse und die Ermittlung von Indexzahlen, um die Bewegung der Teuerung möglichst zu erfassen, damit für die Lohnverhandlungen stets genaue Unterlagen vorliegen. Weitere Feststellungen sind über den Umfang des Zeit- und Stücktarifs notwendig. Die Ansicht überwiegt, daß Zeitafford vorzuziehen ist. In allen diesen Fragen braucht der Vorstand die Unterstützung der Mitgliedschaft.

Redner kommt auf die Materialdiebstähle in den Fabriken zu sprechen, die von der organisierten Arbeiterkraft aufs schärfste verurteilt werden. Die Diebstähle sind eine Erschwerung der Nachkriegszeit. Oft werden sie verursacht durch die Not. Doch kann letztere auf solche Weise nicht behoben werden.

Um den durch die Wirtschaftskrise betroffenen Arbeitern zu helfen, hat der Vorstand sein mögliches getan, auch wiederholt finanzielle Besserstellung der Erwerbslosen erreicht. Doch wichtiger noch ist die Beschaffung von Arbeit und ihre Verteilung. In dieser Hinsicht herrscht bei den Regierungstellen keine Einheitlichkeit. Die Reichseisenbahnenverwaltung zum Beispiel wollte im Hinblick auf ihren durch die Ruhrbesetzung entstandenen großen Selbstverbrauchs keine Arbeiter mehr vergeben. Wir haben den Standpunkt vertreten, daß Ausgaben für produktive Arbeit nicht gespart werden dürfen, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, und deshalb auch mit einer weiteren Auftragserteilung von Lokomotiven, Personen-, Gepäck- und Güterwagen nicht zurückgehalten werden dürfen. Unseren Anträgen schloß sich der Reichstag an.

Kritik ist zu über an den Reisen von Betriebsräten und anderen Kommissionen nach Berlin, betreffend Arbeitsbeschaffung usw. Solche Reisen sind zwecklos. Die meisten kehren mit leeren Händen und Versprechungen gepeitelt heim. Unsere Verwaltungsbeamten dürfen solche Sachen nicht mitmachen. Der beachtlichste Zweck kann nur durch ein planmäßiges Zusammenwirken mit den Verwaltungen, Bezirksleitungen und Weiterleitung an den Vorstand erreicht werden.

Beim Ruhrkampf hat die Regierung übersehen, daß ein Wirtschaftskampf nicht ewig fortgeführt werden kann. Die Regierung scheint sich monatelang überhaupt nicht ernsthaft damit beschäftigt zu haben, wie sie zu Verhandlungen kommen kann. Auf die Dauer ist dieser passive Widerstand nicht haltbar. Das zeigen die Vorgänge der letzten Tage im Ruhrgebiet. Ein Abschluß unter erträglichen Bedingungen ist notwendig. Mangelnde Folgen der letzten fünf Monate werden sich jahrelang zeigen. Das Schwere liegt uns noch bevor. Die Arbeiter werden hart betroffen werden. Die Gewerkschaften müssen tun, was in ihren Kräften liegt, um das Los der Arbeiterklasse zu erleichtern.

In der Aussprache kritisiert **Wall** (Saalfeld) die Indexzahlen des statistischen Reichsamtes. Er begrüßt die Absicht des Vorstandes, selbst den Index zu ermitteln. Auf jeden Fall müssen Klein- und Mittelstädte mit erfasst werden. An den Diebstählen ist die Lohnpolitik der Unternehmer mitschuldig, womit selbstverständlich die Diebstähle nicht entschuldigt werden sollen.

**Dr. Einkeil** (Stuttgart) spricht gleichfalls über die verschiedenen Indexzahlen und über ihre Unzuverlässigkeit. Redner weist auf die amerikanische Hochkonjunktur und auf die französische Wirtschaftsentwicklung hin. Für Deutschland steht nach immer die Frage der Wertbeständigkeit unseres Geldes im Mittelpunkt. Inflation und Geldwertminderung durch rücksichtslose Kalkulation und durch Mißbrauch in den Devisen des Marktes, die Privatkapitalisten flüchten in die Effekten. Die Arbeiter allein tragen das Risiko. Der Ruf nach Goldlöhnen ist daher nicht verwunderlich. Der Frage muß Beachtung geschenkt werden, denn die unsichere Geldlage ist die hauptsächlichste Ursache der Unruhe wie der allgemeinen Unzufriedenheit. Eine allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage seit der Ruhrbesetzung ist unverkennbar. Am aufreizendsten für die Arbeiter sind die Ruhrbesetzungsgewinne des Unternehmertums.

Im Beirat erschienen einige Kollegen von den Verwaltungen Bochum und Dortmund, um dem Vorstand über die derzeitige Lage zu berichten und um Hilfe zu ersuchen. Die Kollegen nehmen als Gäste des Beirats an der weiteren Aussprache über die Ruhrbesetzung teil. **Dihmann** (Dortmund): Die Hauptursache der jetzigen Misere im Ruhrgebiet sind die falsche Lohnpolitik der Regierung und die Erzeugung der Wertentwertung über die Besetzung. Die Gürtelarbeiter erhalten einen Teil ihres Lohnes in Form von Prämien, die sich nach der Produktion richten. Als diese infolge der Maßnahmen der Franzosen zurückging, erfolgte kein Lohnausgleich für die ausfallenden Prämienverdienste und ein Schicksalspruch fiel so gering aus, daß er einmütig — mit Ausnahme der Fischer- und Schiffern — abgelehnt wurde. Der Kampf entbrannte auf der Union, wo den Schmelzern

große Abzüge gemacht wurden. Ein Teil der Arbeiter hoffte noch auf eine Regelung, machte jedoch dem Drängen der andern nachgegeben und am Pfingstsonntag traten sämtliche Arbeiter, freiwillig oder gezwungen, in den Streik.

Der Kampf griff auf die Bergwerke über und es kam zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitswilligen und Streikenden, insbesondere mit Hundertschaften der SPD, wobei auch faschistische Elemente sich zeigten. Die Erregung im Gebiet ist groß, die moralische Bedrückung durch die Franzosen ist unbeschreiblich, die Preise steigen ins Unermeßliche und diese Umstände bereiten den Boden für die jetzigen Ereignisse. Den Streik als solchen sanktionieren können wir nicht, aber geholfen muß den Leuten werden, sonst bekommen wir völlige Anarchie. Das Schlimmste ist, daß die Unternehmer fristlose Entlassungen vornehmen, das erbittert noch mehr. Auch zeigt sich immer mehr Geständnis, das von allen Seiten zufließt. Wir müssen die Unternehmer zwingen, die Forderungen zu bewilligen, damit die Leute wieder in die Betriebe gehen; wir müssen den Leuten auch in irgend einer Form Unterstützung geben.

**Freitag** (Sagen): Wir in den Randgebieten und im unbefestigten Gebiet leiden genau so unter der Teuerung; bei uns herrscht Kurzarbeit und für die übrige Zeit werden zwei Drittel Lohn bezahlt. Im befestigten Gebiet haben die Kollegen unter den gleichen Verhältnissen voll gearbeitet oder vollen Lohn erhalten. Wenn die gegen jede gewerkschaftliche Regel eingeleitete Bewegung unterstützt wird, erhalten wir in unserem Bezirk das größte Durcheinander.

**Steinhauer** (Essen): Es ist gesagt worden, die Gewerkschaften hätten benutzt verjagt; das ist nicht wahr. Die Hauptursache ist die unglückselige Lohnpolitik der Regierung und Unternehmer. Ich werde das Gefühl nicht los, daß die Regierung Cuno nicht weiß, wie sie aus der Seefasse herauskommen soll und daher den Arbeitern die Schuld aufbürden will. Der Streik ist durch die Gewalttätigkeit der kommunistischen und faschistischen Kräfte zu seinem jetzigen Umfang gediehen; vielfach mußten die Arbeiter dem Terror weichen. Wer die Wahrheit sagt, ist seines Lebens nicht mehr sicher.

Redner erläutert die Absichten auf Gründung von Selbstschutz, die Handlungen der SPD-Hundertschaften sowie die Festsetzungsmissionen für die Preise. In der ausgearbeiteten Art werden die Kommissionen nur erreichen, daß die Lebensmittel vom Markt verschwinden. Der Vorstand muß in der Bewegung im Bereich mit dem ADGB und anderen Organisationen eine klare Linie einhalten.

**Urich** (Berlin): In einer Reichstagsrede vom Stat des Reichsarbeitsministers hat unser Kollege **Dihmann** vorausgesagt, wie es kommen wird. Das zeigt sich auch im Ruhrgebiet. Der Vorstand muß das Statut einhalten. Ich bin überzeugt, daß er objektiv verfahren wird. Wir müssen die Schwierigkeiten im dortigen Gebiet voll zu würdigen.

**Konrad** (Gannau) ist wie die Vorredner der Ansicht, daß die Lohnpolitik der Regierung und der Unternehmer die Hauptschuld trägt an den jetzigen Vorgängen im Ruhrgebiet. Die verlangte Unterstützung muß der Vorstand im Hinblick auf die durch eine Ablehnung entstehenden Folgen gemessen.

**Dihmann** (Stuttgart), Schlußwort zum Ruhrkampf: Die Frage nach den Schulden ist heute zwecklos; wir müssen danach trachten, ein Chaos zu verhindern, die Arbeiter kämpfend und die Organisation zu erhalten. Die Besatzungsbehörde hat die Polizei entfernt, dadurch ist alles mögliche Geständnis dorthin gezogen und diese Schmelzwerke machen sich breit. Auf der andern Seite rollt der Frachten (Hurruf: Und vielleicht auch der Rubel) und die Ruhrhilfsgeelder arten aus zum Korruptionsfonds. Dies alles und die falsche Not durch die Besetzung muß demoralisierend wirken. Schuld sind auch die Reichsbehörden, die Schuldüber getrieben haben mit dem Interesse der Arbeiter. Der Vorstand sucht eine Möglichkeit zum Abschluß des Streiks, wir haben volles Verständnis für die Lage der Kollegen und werden unser Möglichstes tun, um ihnen zu helfen. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat nicht Schiffbruch gelitten, wie Konrad meint; an den Grundlagen und Grundsätzen der Sicherung der Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation ist festgehalten.

**Urich** (Berlin): Wir müssen unsere Bewegungen einheitlicher gestalten. Der Feststellung von Indexzahlen ist zuzustimmen. Die für die Ruhrhilfe gesammelte Summe und ihre Verwendung sollte bekannt gegeben werden. Die Kommunisten verbreiten die Nachricht, der ADGB habe die gesammelten Gelder für andere als für Unterstützungszwecke verwendet.

**Böcker** (Köln): Die Sammlungen für die Ruhrhilfe sind nicht zufriedenstellend ausgefallen. Bei den kommenden Lohnbewegungen muß der Vorstand vorausschauende Politik betreiben. Redner geht des näheren auf einige Mängel der Lohnbewegungen der letzten fünf Monate ein. Volle Aufmerksamkeit ist auch gegenüber der Besetzung der Schlichtungsausschüsse u. a. Stellen notwendig.

**Rösch** (Frankfurt): Unsere Lohnpolitik ist nicht dazu angetan, die Not der Massen zu lindern. Ich übertrage die Macht des ADGB nicht, aber er muß mehr als bisher tun.

**Böcker** (Galle) spricht über die Lohnverhältnisse im Galleschen Bezirk.

**Ziska** (Berlin): Die vom Vorstand vorgelegte Entschlüsselung genügt mir nicht; wir müßten darin auch das Ruhrproblem behandeln. Redner wünscht die Schaffung einer Zentrale, die den Gewerkschaften vollwirtschaftliches Material liefert. Er wünscht ferner Anweisungen für die Tätigkeit in den Außenbezirkstellen.

**Schulenburg** (Starkuhde): Wir haben nicht immer die Kraft zur Durchsetzung unserer Forderungen. Mit unserer Sammlung für die Ruhrhilfe kamen wir ziemlich spät und es sind vorher schon erhebliche Beträge an andere Stellen abgeführt worden.

**Brandes** (Stuttgart) gibt Aufschluß über die Tätigkeit in den Außenbezirkstellen. Alles dem Vorstand zur Kenntnis kommende Material wird den betreffenden Mitgliedern zugehen. Wenn wir eine Aktion einleiten, wird diese nur ausreichend wirksam, wenn auch der ADGB eintritt.

**Dihmann** (Stuttgart), Schlußwort: Das Ergebnis unserer Sammlungen mag nicht befriedigen. Dies hat verschiedene Ursachen. Im befestigten Gebiet ist an sich wenig eingegangen, ferner sind beträchtliche Summen von den einzelnen Orten aus anderen Gewerkschaftsstellen im befestigten Gebiet zugeführt worden, diverse Orte haben den Arbeitslosen Zuschüsse gegeben usw. Nach dem bis jetzt vorliegenden Ergebnis einer Umfrage sind in 320 Verwaltungen insgesamt 261 757 894 M. gesammelt worden. Davon waren bis zum 26. Mai an die Hauptstelle eingelangt 133 802 158 M., an die Ortsauschüsse abgeliefert waren 50 441 027 M., anderen Körperstellen zugeführt wurden 21 190 360 M. Der Rest des Geldes befindet sich noch in den Verwaltungen. Aus weiteren 219 Orten sind keine Angaben über die Sammlungen gemacht worden. Ein Teil der der Hauptstelle überlassenen Gelder wurde für Unterstützungszwecke an unsere Verwaltungen abgeführt, ein größerer Teil steht noch zur Verfügung. Selbstverständlich wird über die Gesamtverwendung genaue Rechenschaft abgelegt. Ich verweise auf Holland, Standinawien, die Schweiz, England, Tschechoslowakei usw. Bezüglich des Ruhrkampfes muß von der Regierung verlangt werden, daß alles geschieht, was zu einem baldigen Abschluß zu kommen.

Den Achtstundentag werden wir mit allen Mitteln verteidigen. Wo die Lohnentwicklung des einzelnen Bezirkes nicht im Einklang steht mit anderen Gebieten, werden wir eingreifen. Diesen Fragen hat sich der Vorstand in den letzten Monaten im besonderen angenommen. Redner bespricht noch die vorgelegten Entschlüsselungen. Diese werden vom Beirat in folgender Fassung gegen eine Stimme angenommen:

### I.

Der Erweiterte Beirat weist die Verbandsmitglieder auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Ständen bereits die letzten Jahre im Reich steigender Not, so schreien Wertentwertung und Teuerung in jüngster Zeit in schnellstem Tempo fort. Haben die Auswirkungen des Weltkrieges und der Friedensverträge die Wirtschaft hart getroffen, so lassen umgekehrt die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden bürgerlichen Parteien es nicht nur an jeder entscheidenden Maßnahme fehlen, um dem zunehmenden Notzustand entgegenzuwirken, sondern ihre im kapitalistischen Sinne orientierte Politik führt lediglich

dazu, das Elend der breiten Volksmassen zu vergrößern und den weiteren allgemeinen Niedergang zu beschleunigen. Das Unternehmertum ist weit davon entfernt, den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen. Die Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren selbst bei der einfachsten Lebenshaltung in zunehmendem Maße Einschränkungen auf sich nehmen müssen und kann eine weitere Senkung ihres Reallohnes nicht ertragen.

Harte Kämpfe stehen und bevor. Die Organisation wird vor schwerer Aufgabe gestellt. Ihre Bemühungen, im Interesse aller Metallarbeiter und darüber hinaus für die gesamte Arbeiterklasse zu wirken, können jedoch nur dann von Erfolg sein, wenn alle Mitglieder der Organisation und deren Arbeiter fördern und die Verbandsfunktionäre auf das nachdrücklichste unterstützen. Der Erweiterte Beirat richtet an alle Kollegen den dringenden Appell, den Ernst der Stunde zu erkennen, in gewerkschaftlicher Disziplin innerhalb der Organisation mitzuwirken und alles zu tun, um eine einheitliche, geschlossene Arbeits- und Kampfesfront der Arbeiterklasse herzustellen und zu erhalten. Dazu gehört auch, daß die politischen Richtungen der Arbeiterklasse sich jedes Eingriffs in die Selbstbestimmung der Gewerkschaften enthalten.

### II.

Der Erweiterte Beirat nimmt Kenntnis vom Bericht des Vorstandes, der erkennen läßt, daß die einzelnen Organe des Verbandes mit Erfolg bemüht waren, im Interesse der von der Wirtschaftskrise Betroffenen sowohl die Erwerbslosenunterstützungssätze zu erhalten, wie für Arbeitsbeschaffung zu wirken. Neben einer ausreichenden finanziellen Unterstützung für Erwerbslose und Kurzarbeiter muß in erster Linie die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten stehen und insbesondere auch der Wohnungsbau gefördert werden. Demzufolge ist durch unsere Vertreter auf alle Organe des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen einzudringen. Der Vorstand wird beauftragt, in diesem Sinne auch weiterhin tätig zu sein.

Der Erweiterte Beirat muß jedoch die Schaffung selbständiger Organe der Erwerbslosen ablehnen. Den Gewerkschaften fällt mit der Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter auch die Aufgabe zu, die Interessen der Kurzarbeiter und Erwerbslosen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen wahrzunehmen. In diesem Grundsatze müssen die Kollegen im Lande festhalten, sollen nicht die Erwerbslosen selbst geschädigt werden.

**Reichel** (Stuttgart) führt in Übereinstimmung mit dem Erweiterten Beirat unsere Stellung zur Frage der Ruhrbesetzung wie folgt zusammen: Der Höhepunkt des Abwehrkampfes ist überschritten. Im Hinblick auf die jetzt schon unendlich schweren Lasten darf kein Tag verloren gehen, sobald es von uns abhängt, zu Verhandlungen zu kommen, sonst bricht der Widerstand im Ruhrgebiet zusammen. Wir richten darum von dieser Stelle die ernste und dringende Mahnung an die Regierung, alles zu tun, um eine Verständigung herbeizuführen.

Der vom Vorstand vorgelegte Wahlordnung für den Verbandstag in Kassel — über die Reichel berichtet — wird vom Beirat genehmigt. Als Wahltag wird der 22. und 23. Juni bestimmt. In einem dieser beiden Tage kann gewählt werden. Die Wahlzeit ist Sonntags von 10 bis 4 Uhr und Montags von 12 Uhr mittags bis 10 Uhr abends. Für die Wahl werden, wie bei der letzten Generalversammlung, in den selbstständigen Bezirksabteilungen gebündelte Listen beibehalten.

Der dritte Tagesordnungspunkt betrifft die Erhöhung des Anteils der Lokalkassen am Verbandsbeitrag, die Befreiung der erwerbslosen Mitglieder von der Beitragsleistung und die Ermäßigung des Beitrags der Kurzarbeiter.

**Egger** (Stuttgart) begründet eingehend den Standpunkt des Vorstandes. An Hand einer dem Beirat unterbreiteten Zusammenstellung der Verhältnisse in den Lokalkassen weist der Redner nach, daß im allgemeinen die Verwaltungen mit dem jetzigen Lokalananteil auskommen. Wo dies im einzelnen nicht der Fall ist, liegen besondere Verhältnisse vor. Hier will der Vorstand, wenn diese unglücklichen Verhältnisse durch lokale Maßnahmen nicht beseitigt werden können, nach Prüfung der Verhältnisse und auf Antrag der selbständigen Bezirksleitung den Verwaltungen durch Zuschüsse aus Mitteln der Hauptkassen in lokaler Weise entgegenkommen. Der Vorstand ersucht den Beirat, den jetzigen Anteil der Lokalkassen auf 25 v. H. für Verwaltungen mit angeschlossenen Geschäftsführern und auf 15 v. H. für die übrigen Verwaltungen zu lassen. Eine Erhöhung der Unterstützungsätze will der Vorstand bis zu der bald stattfindenden Generalversammlung zurückstellen, wo die Unterstützungsleistungen des Verbandes grundlegend festgelegt werden müssen. Der Erlassung des Beitrags bei Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit steht das Statut entgegen, die einschlägigen Bestimmungen können gleichfalls erst auf der Generalversammlung geändert werden.

**Schäfer** (Stuttgart) gibt einen Bericht über die Klassenverhältnisse des Verbandes. Das Vermögen der Hauptkasse hat eine Stärkung erfahren. Diese gewahrt jedoch nicht, um den Steuern zu begegnen, denen wir jederzeit ausgesetzt sein können. Es ist schwer, der Geldentwertung zu entgegen. Die Anlegung der Gelder erfolgt weitmöglichst in Werten, die von dem starken Schwanken der Mark unabhängig sind.

**Ottlinghaus** (Weißberg): Wir müssen die Erwerbslosenunterstützung aufbauen; die Lokalkassen müssen einen höheren Anteil erhalten. **Urich** (Berlin) spricht gleichfalls für eine Erhöhung der Lokalananteile und skizziert die Ursachen des Selbstverbrauchs in Berlin. **Böcker** (Köln) tritt gleichfalls in längeren Ausführungen für eine Erhöhung des Lokalananteils ein.

**Liebe** (Dresden) ist der Ansicht, daß im allgemeinen die Verwaltungen mit dem jetzigen Anteil auskommen, daß jedoch für Verwaltungen mit großem oder schwierigem Arbeitsgebiet Ausnahmen gemacht werden müßten. Von der Beitragsfestsetzungskommission für den Freistaat Sachsen ist der Antrag gestellt worden, bei der Errechnung des Unterstützungsmaßes für die Mitglieder nicht wie bisher eine sechs-wöchige, sondern nur eine vierwöchige Juridiktation vorzunehmen, um die Arbeit der Kassierer zu vereinfachen.

**Rösch** (Frankfurt) beantragt, den Kurzarbeitern im befestigten Gebiet Unterstützung zu geben.

**Egger** (Stuttgart): Der Vorstand hat sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Diese Kollegen erhalten Unterstützung aus der Rhein-Ruhrhilfe, sind also materiell besser gestellt als die übrigen Kurzarbeiter. Wir werden die Frage jedoch nochmal besprechen. Die von den Befürwortern eines höheren Lokalananteils vorgebrachten Gründe sind teils belanglos, teils werden wichtige Ursachen, die gegen eine Erhöhung sprechen, übersehen. Nicht die Lokalkassen, sondern die Hauptkassen hat für die Beschäftigten im Verbandsgebiet einzutreten und daher ist eine Stärkung der Hauptkasse Grundbedingung unseres Tuns.

Der Vorstand stellt keineswegs auf dem Standpunkt, daß die Verwaltungen von der Hand in den Mund leben sollen. Der jetzige Anteil sichert ihnen die Deckung aller unerlässlichen Ausgaben in normalen Zeiten. In der jetzigen anormalen Zeit wird der Vorstand die notwendigen Mittel nicht verweigern und jeden Antrag auf Zuschuß sachlich prüfen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Antrag Böckers auf Erhöhung des Lokalananteils mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Es verbleibt also bei den jetzigen Sätzen von 25 und 15 v. H. Der Antrag Röschs betreffs Unterstützung der Kurzarbeiter wird dem Vorstand überwiesen. Der Antrag Dresden auf Änderung der jetzigen Unterstützungsätze wird abgelehnt. Eine Änderung in der Beitragszahlung Erwerbsloser und Kurzarbeiter wird gleichfalls abgelehnt; diese haben also bei Bezug von Unterstützung volle Beiträge zu leisten, bei Nichtbezug von Unterstützung keine 5 v. H. 4 des Statuts in Anspruch genommen werden.

Es folgt die Wahl der Vertreter des Beirats zum Verbandstag. Ein Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung des Verbandstages in der Richtung, daß ein besonderes Referat über die Wirtschaftslage und die Metallindustrie erstattet wird, wird abgelehnt im Hinblick darauf, daß der Bericht der Vorstandes diese Fragen eingehend behandelt wird. Damit sind die Beratungen abgeschlossen.

# Das „Opfer“ der Industriellen

Das Reparationsproblem ist festgefahren. Die ausländische Öffentlichkeit und die Regierungen der Siegermächte verlangen ausreichende Vorschläge für die Reparationszahlung. Sie wollen sich nicht mehr mit unsicheren Angaben begnügen und nicht bloß eine Summe hören, sondern sie wollen wissen, welche Gruppen in Deutschland Garantien leisten und welche Sicherheiten vorhanden sind. In dieser Lage hält die Reichsregierung Umschau nach Opferfreudigen. Sie weiß, daß der Opfer der Arbeiterschaft genug sind, denn deren Lohnneinkommen beträgt höchstens noch ein Drittel der Vorkriegszeit und der wöchentliche Lohnabzug bedeutet einen unmittelbaren harten Eingriff in die Substanz der Arbeiterschaft. Dagegen gibt es andere Kreise der Wirtschaft, von denen die Regierung mit Recht Opfer verlangen darf. Diese Kreise haben sich lange genug der selbstverständlichen Pflicht entzogen, an der Abtragung der Schulden mitzuwirken. Jetzt nun aber gibt sich der Reichsverband der deutschen Industrie als pflichtwillig. Er will für das Vaterland tatsächlich ein Opfer bringen, wofür er freilich auch einige Bedingungen stellt. Betrachten wir das Opfer und die Bedingungen unserer Schwerindustriellen Patrioten:

Die Vorschläge der Industrie sind im Ton überheblich und anmaßend. Sie gehen aus von der juristischen Darstellung, daß keine Verhaftung des Privateigentums auf Grund des Versailler Vertrags vorliegt, daß der Staat Erbschuldner ist und deshalb zuerst sein Gut und Gut opern müsse. So muß der Reichsverband den Besitz und die möglichen Opfer des Reiches besonders hoch, die eigenen besonders niedrig einschätzen. Wenn die Leute des Sinnesverbandes das Staatseigentum und die Staatswerte möglichst schnell ergreifen wollen, müssen sie beweisen, daß bei privatwirtschaftlicher Verwaltung an Stelle der jetzt großen Fehlbeträge der Reichs- und Staatsbetriebe große Überschüsse zu erzielen sind. Letztere werden in dem Garantieangebot auf etwa 600 Millionen Goldmark, bei günstiger Entwicklung auf 1 Milliarde geschätzt. Wenn sich die Eisenbahntarife ständig dem Stabeisenpreis angepaßt hätten und die Industrie höhere Tarife hätte bezahlen müssen, wäre das Defizit nicht dermaßen gestiegen. Der heute viele Milliarden zählende Fehlbetrag der Reichsbahn könnte geringer sein, wenn der privatwirtschaftliche Bucher geringer und die Ruhr durch eine vernünftige Reparationspolitik (auch der deutschen Industrie) freigehalten worden wäre. Von Sachverständigen wird in Anrechnung aller günstigen Bedingungen für Eisenbahn und Post ein jährlicher Überschuß von höchstens 250 Millionen Goldmark eingeseht.

Wenn unsere Schwerindustriellen Patrioten also bei den staatlichen Opfermöglichkeiten außerordentlich weitherzig sind, rechnen sie um so sorgfältiger beim eigenen Opfer. Die Industrie will 200 Millionen Goldmark jährlich aufbringen und sich für 30 Jahre verpflichten. Vor dem Krieg betragen allein die Industrieobligationen 4,5 Milliarden Goldmark, die durchschnittliche Verzinsung von 5 Prozent stellte sich auf 225 Goldmark. Die Geldentwertung hat diese gesamte Obligationsschuld weggeführt, nur ein 1000stel ist übrig geblieben. Die Industrie hat sich ohne Gegenleistung von der Schuld befreit. Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, deren Niederwille ebenso „groß“ ist und die vergißt, daß bei einer niedrigeren Einzahlung des gesamten landwirtschaftlichen Vermögens auf 30 Milliarden Goldmark und der ungeheuren landwirtschaftlichen Verschuldung in der Vorkriegszeit sie an der Geldentwertung ohne weiteres 18 Milliarden Goldmark verdient hat. Diese 18 Milliarden bringen zu 5 Prozent jährlich 900 Millionen Goldmark Zinsen.)

Aber die Industrie schenkt dem Staat nichts. Sie opfert auch wenig. Wenn der Reichsverband aber schon Opfer bringen soll, die freilich nach der wahren Leistungsfähigkeit der Industrie viel zu gering sind, dann stellt er um so höhere Ansprüche. Zunächst soll sich das Reich verpflichten, während der Dauer des Faltes auf jede Sozialisierung zu verzichten. Anders ist die Bedingung nicht aufzufassen, daß der Staat sich von aller privaten Güterzeugung und Güterverteilung „grundsätzlich“ fernhalten soll.

Als Voraussetzung der Heranziehung des Ganzbesitzes wird der Abbau der Zwangsmiete in einem Augenblick verlangt, wo die neue Preissteigerung der wertvollen Bevölkerung eine neue Belastung bringt, der sie einfach nicht gewachsen ist. Die letzten Reste der Zwangswirtschaft sollen beseitigt werden. Die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Kohlenpreisfestsetzung soll wegfallen. Die noch bewirtschafteten Teile der Eisenproduktion sollen der sogenannten freien Preisbildung überlassen werden. Das bedeutet eine ungeheure Steigerung der Produktionskosten für die weiterverarbeitende Industrie, die schon jetzt nicht mehr den schweren Druck der Monopolpreise aushält.

Die Ausfuhrabgaben sollen schwinden. Das wäre für die Industrie ein jährliches Geschenk von 150 Millionen Goldmark. Mit der Ausfuhrabgabe soll auch die Ausfuhrkontrolle fallen, die zwar ein unzureichendes Mittel in der Überwachung der Ausfuhr darstellt, aber bei geeigneter Behandlung und bei der Leitung durch unabhängige Personalitäten wenigstens die größten Schädigungen der Ausfuhr und der Kapitalausfuhr verhindern könnte. Wenn die Industrie das fordert, um die Ausfuhr zu vergrößern, so sei mit aller Deutlichkeit gesagt: Mit der Ausfuhr allein ist es nicht getan, wenn die Devisen nicht in die richtigen Hände kommen.

Auch auf die Steuermoral wird hingewiesen. Die heute vielfach willkürliche Steuererhebung soll verändert und damit das Betriebskapital erhalten und eine weitere Neubildung von Privatkapital ermöglicht werden. Das wirkt wie Speit. Eben deshalb, weil die Industrie in den Nachkriegsjahren infolge der gestiegenen Steuermoral ihrer Verpflichtung gegen den Staat durch die Zahlung von einmündigen Gelder nachkam, ist die Bildung von Privatkapitalen nachgerade zu einer Gefahr für den Staat geworden. Der Privatkapitalismus wächst täglich. Er greift mit seinen Fingern von weniger Zentralstellen aus in alle Gebiete der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens. Er beherrscht Reich und Länder. Er ist auch vom gutmeinenden Ausland her gesehen schon so mächtig, daß der Staat nur noch wie eine Puppe in seinen Händen ist und dieser Staat soll nun der privaten Wirtschaft noch neuerliche Erleichterungen bringen. Die Fabrik der Schwertener haben es bisher leicht gehabt. Allein im Steuerjahr 1921/22 betrug die Körperschaftsteuer noch den 18. Teil der von den Arbeitnehmern empfangenen Einkommenssteuer, nämlich 1,5 Milliarden Mark. Im Steuerjahr 1922/23 dagegen nur noch den 88. Teil, nämlich 6,5 Milliarden Mark.

Schließlich wird in dem Garantieangebot der Industriellen von der Arbeiterschaft und von der Steigerung der Produktion gesprochen. An der Arbeiterschaft ist es nicht, wenn die Produktion nicht steigt. Würden nur alle Kapitalisten, die jetzt in mancherlei formlose ausländische Aufsätze gesetzt werden,

in den inländischen Produktionsprozeß eingeschaltet, so wären unsere Betriebe technisch leistungsfähiger. Wäre die Entwicklung der Großindustrie in den letzten Jahren mehr in die Tiefe als in die Breite gegangen, so stände es um unsere Produktion besser. Wenn man schließlich dazu übergegangen wäre, den Arbeitnehmern angemessene Lohnbezüge zu geben, so wäre nicht die Arbeitsfähigkeit mit jedem Tage geringer geworden.

Im Augenblick soll die Regierung als Grundlage ihres neuen Angebotes an die Entente wissen, wo die Wirtschaft noch leistungsfähig ist. Da kommt der Reichsverband mit Forderungen statt mit Angeboten. Der wirtschaftliche Sinn der Urkunde des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist klar: Durch Irreführung der in- und ausländischen Öffentlichkeit soll der wahre wirtschaftliche Tatbestand verbunkelt werden. Der politische Sinn wird durch die Deutsche Allgemeine Zeitung klar charakterisiert: „Die Erklärung führt aus dem Halbdunkel unserer Lage, aus einem Gemisch von Sozialismus und Kapitalismus heraus und stellt die Regierung vor die entscheidende Frage: das eine oder das andere.“ Das heißt: Es handelt sich um die Kriegserklärung gegen alle die kleinen und ersten Versuche, den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern wirtschaftlich einen Einfluß zu sichern. Reichsregierung, Staat und Volkswohl erwarten von den deutschen Industriellen Opfer, statt dessen stellen diese Forderungen, verlangen sie weitere Möglichkeiten der Stärkung ihrer finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Macht.

## Werkpolizei und Leibesuntersuchungen

Daß heute leider noch eine Reihe Arbeiter vergessen, daß es Diebstahl ist, wenn sie aus dem Betriebe Gegenstände mitnehmen, ist immer noch eine Folge des „Stahlbades“. Es wird niemand behaupten, daß die Gewerkschaften diesen oftmals alle Grenzen überschreitenden Ungehörigkeit mit allen Mitteln bekämpfen. Heute müssen wir aber bedauerlicherweise feststellen, daß die Werte dazu übergehen, die Betriebe mit Werkpolizei zu überschwemmen. Ob diese nur aus diesem Grunde allein da ist, will ich stark bezweifeln, will es aber einmal annehmen. Sind nun diese Leute oder der Vorkriegsberufsberechtigte, Leibesuntersuchungen vorzunehmen? Diese Frage ist, so gestellt, zu verneinen. Nach den allgemeinen Rechtsgrundlagen steht dem Unternehmer wie auch einer anderen Privatperson das Recht nicht zu. Der Unternehmer kann nur, wenn er jemanden auf frischer Tat ertappt, ihn festhalten (was aus den Bestimmungen des StGB, des Strafgesetzbuchs und der St. P. O. als Selbsthilferecht hervorgeht), um ihn der Polizei zu übergeben. Selbige allerdings dieser Beweis nicht, so ist es eine Freiheitsberaubung. Auch kann er nur die Polizeibehörde, nicht die Werkpolizei zu einer Leibesuntersuchung heranziehen.

Man hat schon versucht, Arbeiter zu entlassen, weil sie sich einer Untersuchung beim Verlassen der Fabrik widersetzt haben. Dies ist aber nicht möglich, weil in die Leibesuntersuchung mit dem Arbeitsvertrag nichts zu tun hat. Aus all diesen Gründen versucht man, in die Tarifverträge solche Bestimmungen hineinzubringen. Wo gute Gewerkschaftsführer sitzen, wird dies sicher nicht gelingen. Da geht man dann dazu über, es in die Arbeitsordnung zu bringen. Hier haben nun die Betriebsräte darüber zu wachen. Wo ein enger Zusammenarbeiten der Betriebsräte mit den Gewerkschaften besteht, wird auch dies selbst in verschleierte Form nicht möglich sein. Leider muß auch hier ausgesprochen werden, daß oftmals die Betriebsräte vergessen, daß sie ohne Gewerkschaften den Rückhalt verlieren und dies erst erkennen, wenn es zu spät ist. Dann fällt es auch dem Gewerkschaftsführer schwer, Möglichkeiten, die in mehreren Jahren angehäuft sind, in ein paar Wochen zu beseitigen.

Vor allem möge man sich aber einmal seine Arbeitsordnung ansehen, ob nicht gar schon eine demartige Stelle darin steht. Wenn ja, dann kann natürlich eine Weigerung zur Untersuchung die Entlassung herbeiführen, weil es eine Weigerung darstellt, eine nach dem Arbeitsvertrag obliegende Verpflichtung zu erfüllen (§ 123 Z. 2 u. 3 StGB). Es fällt uns selbstverständlich nicht ein, damit den Spitzhütten zu sagen, nur immer zu, es kann auch keiner was. Von einem geschulten Gewerkschaftler verlangen wir, daß er weiß, daß er nur das mitnehmen darf, was sein Eigentum ist. Leider hören wir heute oftmals den Auspruch, das ist alles unser Eigentum. Diesen Kollegen müssen wir sagen, ganz unrecht habt ihr zwar nicht, aber auf diese Art und Weise ist es unwürdig, unser Eigentum zu erwerben. Mit Sozialisierung oder Ersparung der Sachwerte hat dies nichts zu tun, sondern da könnte man höchstens von Erfassung der Wertpapiere reden. Es ist notwendig, daß da, wo nun leider schon solche Bestimmungen bestehen, die Betriebsräte dafür Sorge tragen, daß jede Unternehmung, sei es auch nur die eines Kaufmanns, nicht auf der Straße oder auf dem Hof geschieht, sondern sie mögen verlangen, daß man mit dem Kollegen in einen geschlossenen Raum geht.

## Warum die Franzosen am Rhein und Ruhr sind

Leipzigläufige Gemüter meinen, die Franzosen seien in Deutschland, um Kohle zu holen, andere glauben, es handle sich um einen Akt der Rache zur Unterdrückung der Deutschen. Diese Auffassungen sind irrig. Man lese nur folgende Ausführungen, die im „Regulator“, Wochenblatt der Hirsch-Dauerbacher Metallarbeiter, vom 25. Mai 1923, also sechs Wochen vor den Fünfstages, fanden. Es heißt da:

„Auf dem letzten Delegiertenkongress der Hirsch-Dauerbacher Metallarbeiter in der Rheinlande tagen wir. Und man wählte zunächst einen der Mittelpunkte der deutschen Metall- und Maschinenindustrie, Hagen i. Westf. Dort wäre unter den gehäufenden Kollegen unserer Mitgliedschaft der rechte Ort für den Delegiertenkongress gewesen. Das aber erlaubte die Franzosen nicht. Denn hatten sie aus dem Plan Hürden bekommen, da besetzten sie das Rheinland, unkontrolliert Hagen, Köln, Bonn und von dort aus drohten sie wieder mit ewiger Besetzung. Der Gewerkschaftsrat wies auf und verlegte den 19. ardentischen Delegiertenkongress nach Jena.“

Nun weiß die Weltgeschichte der wirtlicher Grund der Besetzung. Die Franzosen sind in die Rheinlande einmarschiert, um den Verbotsvertrag der Hirsch-Dauerbacher Metallarbeiter zu verletzen. Es ist sehr schön, was der Hirsch-Dauerbacher Kongress so lange geführt zu haben, wären sie sofort mit ihrer Reichheit herangezogen, so wäre der Welt das große, unergründliche, geistige Suchen nach den Gründen des Franzoseneinfalles erspart geblieben. Das deutsche Volk würde den Hirsch-Dauerbacher Dank verpflichtet gewesen sein, wenn sie, um die fürchterliche Gefahr des Franzoseneinfalles von Deutschland abzuwenden, gar nicht den schrecklichen Plan gesetzt hätten, ihren Verbotsvertrag in Hagen abzuhalten. Nun haben wir die Besetzung, die Hirsch-Dauerbacher noch Jena „ausgewichen“ und das deutsche Volk ist ins Elend geraten.

## Kocherei eines Wohnungsbedürftigen

Das Dresden jeder aus ein Kollege den folgenden Kochnotizen, den wir ohne willkürliche Änderung wiedergeben: Wir (drei etwa 20-jährige Personen) wohnen seit zwei Jahren als Untermieter in einer Wohnung von 7 x 2 m groß mit einem Fenster, worin drei Bettstellen, zwei Stühle, Tisch, Kommode, Stühle und sonstiges Zubehör untergebracht sind. Wir müssen für das einzige Zimmer einen Mieteunterpreis von 300 M den Monat bezahlen. Wir wohnen nun beim Dresdener Wohnungsamt eine gepuderte Wohnung, aber da gibt es keine (nur für Studenten). Wir gingen zum Jugendamt und mochten ihm klar, daß wir die Wohnung nicht bezahlen können und daß wir keine andere Wohnung, hat aber auch keine Aussicht, eingegriffen, da das Wohnungsamt die Nacht noch über das Ministerium hat. Es hat die Nacht, eine Wohnung zu geben, was es will. Nun ist es das Dresdener Wohnungsamt nach Freiburg in Sachsen, wo wir früher getrunken

haben, aber auch da erhalten wir die gleiche Ablehnung. Was ist nun zu tun? Sind wir verpflichtet, in der Wohnung (noch) als reichsdeutsche Arbeiter unser kümmerliches Leben bis an unser Ende fortzusetzen? Wir müssen doch als deutsche Arbeiter auch arbeiten und leben können. Es müßte doch im Deutschen Reich noch eine gesunde Wohnung für uns vorhanden sein, wenn der Bürokratismus der alleinmächtigen Wohnungsämter nicht wäre. Emil Richter, Schloffer.

## Erweiterter Beirat und Unterstützungsfähigkeit

Der Kollege Riemann hat mir in seinem Aufsatz (Nr. 21 der M. Z.), betreffend die Unterstützungen, die der erweiterte Beirat festgesetzt hat, aus dem Herzen gesprochen. Bei der fortschreitenden Arbeitslosigkeit, Unterernährung und den dadurch bedingten Erkrankungen müssen sich wegen der geringen Unterstützung die Klagen der Mitglieder in erschreckender Weise an dem Auszahlungskalter. Manchmal kommt es sogar zu ganz scharfen Auseinandersetzungen mit dem Auszahlungskalter, der leider der Unschuldige ist. Kollege R. hat den Kernpunkt getroffen, indem er sagte, die richtige Stimmung der Mitglieder kennt nur der, der täglich mit ihnen verkehrt. Nun ist ja allgemein bekannt, daß bei Konferenzen, Beiratsitzungen, Verbandstagen, wo diese Unterstützungsfähigkeit beraten werden, nicht die Unterstützungsauszahlung vertreten sind, sondern meist der Geschäftsführer mit einem oder zwei Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zu den angeführten Konferenzen oder Sitzungen gesandt werden. Es bildet sich so nach und nach, was Kollege R. treffend schildert. Deshalb wäre es in jeder Hinsicht überaus nützlich, wenn die Mitglieder bei ihren Vorstößen zu den Wahlen für den Verbandstag auch die Unterstützungsauszahlung als sachliche Berichtsfähigen. Dies zu ihrem eigenen Wohl.

## Präferenz in Belgien

Die belgische bürgerliche Zeitung Libre Belgique stellt fest, daß sich die Besitzenden in Belgien nicht die geringste Sparmaßnahme auferlegen. In drei Monaten hat man nach Belgien für 4,6 Millionen Francs Autos, für 2 1/2 Millionen Francs Pianos, für 1 1/2 Millionen Francs andere Musikinstrumente, für 2 1/2 Millionen Francs Automobile und von diesen für 13 Millionen aus den Vereinigten Staaten sowie für 8,7 Millionen aus Frankreich eingeführt. Auch in Belgien gibt es neben der alten Kapitalistengruppe jenen Typus der neuen Reichen, der trotz der großen Verarmung weiter Volksteile einen gerade aufreizenden Luxus treibt. Treffend bemerkt der sozialdemokratische Peuple dazu: „Das sind diese neuen Reichen und die selben alten Reichen, die meinen, daß die Löhne zu sehr gestiegen sind und daß man den Arbeitern zu Einschränkung und Sparmaßnahme raten muß.“ Genau wie bei uns!

## Eingegangene Schriften

Einführung in die drahtlose Telegraphie und Telephonie. Von Ingenieur Konrad Windmüller. Mit 70 Abbildungen. Leipzig 1923. Dr. Max Zincke, Verlagsbuchhandlung. (Bibliothek der gesamten Technik, Band 295.) — Der Verfasser will den zahlreichen Wünschen nach einer kurzen Einführung in das weite Gebiet der drahtlosen Telegraphie und Telephonie entsprechen. Er behandelt die geschichtliche Entwicklung, geht ausführlich auf die gegenwärtige Technik ein und bringt die notwendigen theoretischen Erläuterungen. Auf leichte Verständlichkeit der Darstellung, die durch 70 Abbildungen erläutert wird, ist besonderer Wert gelegt worden.

## Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 10. Juni ist der 24. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. Juni 1923 fällig.

Infolge Pensionierung des seitherigen Bezirksleiters Otto Schulz wird für den Bezirk Hamburg mit dem Sitz in Hamburg ein

## Bezirksleiter

zum sofortigen Antritt gesucht. Kollegen, welche sich um obige Stelle bewerben wollen, müssen längere Zeit in der Arbeiterbewegung tätig, mit allen Arbeiten in unserer Organisation vertraut, rednerisch begabt und in der Agitation bewandert sein. Bewerbungen sind bis spätestens 23. Juni 1923 an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Adressat. 16, einzureichen. Dieselben sind auf der Außenseite zu bezeichnen durch die Aufschrift: „Bezirksleiter für Hamburg.“ Die Anstellung erfolgt nach den Bestimmungen des § 81 des Verbandsstatuts. Gehalt nach den Beschlüssen der XV. ordentlichen Generalversammlung in Jena nebst Leierungszulagen.

## Aufforderung zur Rechtfertigung

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungstellen, denen Abschriften der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

## Auf Antrag der Verwaltungstelle Ostwittich:

Der Dreher Rudolf Hante, geb. am 17. Dezember 1888 zu Wittich, Mitgliedsbuch Nr. 3.994.714, wegen unkollegialen Verhaltens und Schädigung der Verbandsinteressen.

## Geköhnt wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 4.929.434, lautend auf den Metallarbeiter Richard Feiltau, geb. am 8. September 1878 zu ? (Bremen).

## Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

- von Formern und Sicherungsarbeitern nach Ungarn D.;
- von Grabarbeitern nach Berndorf, Deutsch-Oesterreich (Fr. Rupp) D.;
- nach Furtch i. B. (Metallwarenfabrik Georg Fackl, A. G.) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Gummerich (Eisen-gießerei und Maschinenfabrik Reintjes) D.;
- nach Erlangen (Metallwarenfabrik Reja, vorm. Gebr. Giegerich) St.;
- nach Rumänien A.;
- nach Stolp in Pommern St.;
- von Metallarbeitern nach Furtch i. Wald (Metallwarenfabrik Georg Fackl, A. G.) D.;
- von Kohlearbeitern nach Breslau St.;
- von Seifenarbeitern nach Kärnten bei Klagenfurt (Hammerwerke).

## Anzeigen

**Feilenhauer**, möglichst gelehrter Handwerker, für Ammendorfer Maschinen u. Feilen, in Frowein Nr. 2, per sofort gesucht. Magdeburger Feilen- und Feilenfabrik Albin Seering jr., Magdeburg, Okerstraße 20.

**Südtiger Feilenhauer**, ber schickes Haus, findet sofort dauernde Beschäftigung. Tariflohn, Zulagen nach Vereinbarung. Carl Schulte, Feilenhauer, Ammann a. Döberitz. Wir suchen zum sofortigen Antritt: 2 tüchtige, selbstständig arbeitende Metall-former, 2 tüchtige, selbstständig arbeitende Stanzformen, 1 tüchtigen, selbstständig arbeitenden Schmied, der auch Bronze färben kann. Bewerbungen schreiben an Metallwerkerei Budisch & Sohn, Senftenberg (Ostpr.).

**Wagenmonteure**, Selbstständig arbeitende, erfahrene Wagenmonteure, höchste Verdienstmöglichkeiten vorhanden. Obersteifische Wagenfabrik August Schmeier & Co., Gießhübel, Preussisch-Ober-Schlesien.

Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Adressat. 16b.